

Bei den Auseinandersetzungen über die Taktik auf dem leipziger Parteitag ist wiederholt die günstige Lage, worin sich unsere Partei zur Zeit befindet, in die Debatte geworfen. Wozu die Kritik und die Diskussionen über was wir hätten tun sollen - so ungefähr wurde gesagt - da die Partei sich doch niemals in einer solchen glänzenden Situation befunden hat und unsere Wahlsiege beweisen, dass wir richtig gehandelt haben!

Sehen wir zuerst nach, worin diese günstige Situation besteht. Die Stimmung der Massen, auch in weiten kleinbürgerlichen Kreisen, ist gegen die Regierung und die bürgerlichen Parteien aufgebracht; bei den Wahlen strömen sie in hellen Haufen auf unsere Seite. Wären neue Reichstagswahlen ausgeschrieben worden, wir hätten sicher hundert und mehr Sitze bekommen. Aber so grossen Schrecken dieser Gewinn den Gegnern gebracht hätte, wir wären dabei eine Minorität geblieben. Ueberhaupt ist eine Reichstagsmehrheit für uns unter dem heutigen Reichstagswahlrecht ausgeschlossen, wenn keine ausserordentliche Ereignisse eintreten. Darin kann also die günstige Situation nicht liegen. Viele dieser Wähler werden uns nächster doch wieder im Stich lassen. Aber es liegt noch etwas anderes, viel wichtigeres vor. Arbeiterschichten, die sich bisher treu am Zentrum hielten, fangen jetzt an sich aus diesem Banne loszulösen. Setzt sich dieser Prozess fort, so wird damit die Macht des Proletariats einen enormen Zuwachs erfahren. Dass grosse Arbeitermassen sich politisch und gewerkschaftlich in feindlichen Gegensatz zu uns stellten, war bisher seine grösste Schwäche. Darin, dass diese jetzt zu uns abzuschwenken beginnen, liegt vor Allem die Gunst der Lage für uns.

Fragen wir nach der Ursache, so müssen wir erkennen, dass sie weniger in unserer Haltung als in der der bürgerlichen Parteien liegt. Die Sozialdemokratie hat auch früher immer die Interessen des Proletariats verfochten, denn sie ist der bewusste Teil des Proletariats selbst. Aber die bürgerlichen Parteien, die sonst die unaufgeklärten Arbeiter zu betören suchen, haben jetzt durch ihre reaktionäre Besteuerung der Massen ihr wahres Gesicht enthüllt. Das hat die Massen aufgerüttelt und zu uns getrieben.

Für uns liegt darin zu Selbstzufriedenheit nicht der geringste Anlass vor. Ja, wenn wir Anarchisten wären und den Spruch huldigten: um so schlimmer die Arbeiter heruntergepeitscht werden, um so besser, denn dann kommen sie eher zu uns - ja, dann müssten wir uns freuen. Nur aus solcher Denkweise heraus könnte man es verstehen, wenn eine Anzahl Genossen, die doch sonst alles eher als Anarchisten sein wollen, über die günstige Lage der Partei jubeln und von keiner Selbstkritik wissen wollen. Zweifellos trägt jede reaktionäre Gewalttat dazu bei, die Massen aufzurütteln und ihre Empörung zu steigern; und dadurch graben die Herrscher ihr eigenes Grab. Aber die Sozialdemokratie, die diese Massen vertritt, freut sich deshalb nicht über solche Gewaltstreiche, sondern sucht sie mit Aufbietung aller ihrer Macht zu verhindern. Nur darauf, dass wir sie bis aufs Aeusserste bekämpften, stützen wir unseren Anspruch auf das Vertrauen des Proletariats und dürfen wir erwarten, dass ~~die~~ die empörten Massen sich hinter uns schaaren. Und daher liegt für uns in diesem Fall, wie bei jedem Sieg der Reaktion, kein Grund zur Zufriedenheit über die günstige Situation vor, sondern wir müssen uns fragen, ob wir Alles Mögliche getan haben, jenen Sieg zu verhindern.

In vielen Kreisen der Partei herrscht das Empfinden, dass das nicht der Fall war. Und in soweit mit Recht, als nicht der geringste Versuch zu einer Massenaktion ausserhalb des Parlaments gemacht wurde. Dass die bürgerlichen Parteien, die alle für die 400 Millionenwucherung des Volkes eintraten und sich nur um die Frage zankten, ob zu seiner Irreführung eine kleine Erbschaftssteuer hinzukommen müsste, durch die Reden unserer Genossen im Parlament davon nicht anzuhalten wären, begreift jedes Kind. Nur ein wuchtiges Auftreten der Massen selbst in Versammlungen und Demonstrationen hätte sie vielleicht einschüchtern können.

Aber damit ist die Frage nicht entschieden. Solche Massenaktio-

nen lassen sich nicht aus dem Boden stampfen. Die Stimmung muss dazu vorhanden sein. Und hier liegt der Kern der Frage, die uns auf die Grundlage der ganzen politischen Situation führt. Von einer solchen Stimmung war nicht viel zu bemerken. Das lag zum Teil an Objekten; Steuern peitschen in der Regel erst auf, wenn sie gefühlt werden, und hier wirkten die endlosen Kommissionsberatungen und Kullissenmogeleyen noch dazu ~~kaix~~ tötend auf das aktive Interesse. Aber zu einem bedeutenden Teil lag es in der allgemeinen politischen Situation seit dem Abflauen der preussischen Wahlrechtsbewegung begründet.

Auch in dem Kampf der Klassen wechseln Zeiten des kühnen Angriffs und des Stillstandes oder gar des Zurückweichens, wechseln Offensive und Defensive mit einander ab. Dabei steht immer ein bestimmtes grosses Hauptobjekt in der Mitte des Kampffeldes. Dieses Objekt ist seit einigen Jahren und noch auf lange hinaus das preussische Wahlrecht. Auf diese wichtigste Machtposition der Junker hat das Proletariat den Angriff begonnen und der Stand dieses Kampfes beherrscht, weil sich hier der eigentliche Machtkampf abspielt, die ganze Politik, auch auf den Gebieten, die scheinbar nichts damit zu tun haben.

Mit den grossen Januardemonstrationen des vorigen Jahres wurde der Kampf eingesetzt; ein mächtiger Tatendrang wuchs in den Herzen der Proletarier, die in einem kräftigen Sturm auf den Zwingburg der Junker den Weg erblickten, entscheidende Vorteile zu erobern. Die Reaktion bereitete sich auf die Anwendung ihrer schärfsten Machtmittel vor. Dann wurde der Angriff nicht weiter in derselben Weise durchgeführt; die Parteileitung stellte die Strassendemonstrationen ein und der Wahlrechtskampf wurde auf das Gebiet des Wahlkampfes hinübergeleitet. Damit war die Massenaktion zu Ende. Die herrschenden Klassen haben natürlich dieses Einstellen des Angriffs als ein Zurückweichen der Masse, als Furcht vor ihre Gewaltmittel aufgefasst, und sie haben dafür mit der Steuerreform quittiert. Das Volk war in die Defensive gedrängt; die Begeisterung und die Zuversicht in die Macht des eigenen Vordringens waren zeitweilig abgeflaut, und daher musste auch die Stimmung zu wuchtigen Massenprotesten gegen die Steuern fehlen. Man darf ruhig behaupten: wäre der kräftige Sturm auf das Dreiklassenwahlrecht im vorigen Jahre durch Massendemonstrationen fortgesetzt, so hätten die herrschenden Klassen andere Sorgen im Kopfe gehabt, als dem Volke in so frecher Weise 400 Millionen aufzuhalsen. Die Massenaktion, die diese Steuer hätte abwenden können, hätte also nicht in 1909 sondern in 1908 stattfinden sollen, als die Massen noch bereit standen.

Damit ist auch der weitere Weg klar vorgezeichnet. Es genügt nicht, wenn wir zu den Massen sagen können, dass wir gegen den Raubzug auf ihre Taschen gestimmt haben. Wollen wir das Vertrauen der Arbeiter, die zu uns kommen, wirklich würdig sein, und auf die Dauer behalten, so müssen wir ihnen einen Weg zeigen können, worauf sie weiteren Anschlägen der Herrschenden erfolgreich begegnen und die Reaktion immer weiter zurückschlagen können. Und dieser Weg heisst jetzt: Kampf für das gleiche Wahlrecht in Preussen. Nicht zufrieden den Gewinn in die Tasche stecken, den die Sünden der Reaktion uns bringen. Sondern der Reaktion die Möglichkeit zum Sündigen nehmen, indem wir ihre Hochburg angreifen. Damit allein kommen wir vorwärts, denn der Kampf um das preussische Wahlrecht ist in den nächsten Jahren der Angelpunkt der ganzen Politik.